

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Kristin Heyne, Michaelae Hustedt, Vera Lengsfeld,
Dr. Jürgen Rochlitz und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996

– Drucksachen 13/2000 Anlage, 13/2593, 13/2616, 13/2626, 13/2627, 13/2630 –

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 07 – Bundesamt für Strahlenschutz – werden in der Titelgruppe 03 – Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle – folgende Titel gestrichen:

- Titel 531 31 – Unterrichtung der Bevölkerung über Maßnahmen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle – in Höhe von 0,3 Mio. DM,
- Titel 712 32 – Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad) – in Höhe von 297 Mio. DM),
- Titel 712 33 – Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben) – in Höhe von 129,8 Mio. DM,
- Titel 712 34 – Ausbau des Endlagers Morsleben – in Höhe von 64,009 Mio. DM.

In Kapitel 16 04 – Reaktorsicherheit und Strahlenschutz – wird folgender Titel gestrichen:

- Titel 532 02 – Untersuchungen zu Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, insbesondere der Reaktorsicherheit – in Höhe von 46,5 Mio. DM.

Bonn, den 7. November 1995

Kristin Heyne

Michaelae Hustedt

Vera Lengsfeld

Dr. Jürgen Rochlitz

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Atomenergie ist eine nicht beherrschbare Technologie mit unverantwortbaren Risiken für gegenwärtige und zukünftige Generationen und für die gesamte Umwelt. Endlagersuche erweckt den Anschein, daß sichere Endlagerung möglich sei. Dies hat sich nach jahrzehntelanger Suche weltweit als nicht realisierbar erwiesen. Endlagersuche ist aus bündnisgrüner Sicht erst vertretbar, wenn ein kurzfristiges Ausstiegsszenario für die Atomenergie beschlossen ist. Dann ist eine Bestandsaufnahme zu machen für die nötige Endlagerkapazität und die am wenigsten gefährlichen Endlagermöglichkeiten sind zu suchen. Eine sichere Endlagerung wird auch das allerdings nicht sein.

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Einsparungen im Einzelplan 16 werden zur Finanzierung der zusätzlich geforderten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Einzelplan 11 Kapitel 11 12 bzw. zur Konsolidierung des Bundeshaushalts eingesetzt.